

München, 05.03.2020

## SPD zum Weltfrauentag: Aufstiegschancen für Frauen im öffentlichen Dienst verbessern

**Frauenpolitische Sprecherin Dr. Simone Strohmayr: Frauen in Führungspositionen oder oberen Besoldungsgruppen nach wie vor unterrepräsentiert - Novellierung des Gleichstellungsgesetzes dringend notwendig**

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März 2020 setzt sich die SPD-Landtagsfraktion für bessere Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen Dienst ein. Noch immer sind Frauen in Führungspositionen oder in den oberen Besoldungs- und Entgeltgruppen unterrepräsentiert. Dies ergab eine [Anfrage](#) an das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Die frauenpolitische Sprecherin, **Dr. Simone Strohmayr**, kritisiert, dass Arbeitnehmerinnen im öffentlichen Dienst des Freistaats noch erheblich benachteiligt werden: "Der Anteil der Frauen in der höchsten Besoldungsgruppe in Behörden und Ministerien liegt nur bei 22 Prozent, wobei ihr Anteil beim Einstieg jedoch 56 Prozent beträgt. Auch in Unternehmen, an denen der Freistaat beteiligt ist, sind die Frauen im Nachteil. In der Aufsichtsratsebene liegt der Frauenanteil bei 24 Prozent, in den Führungsebenen sogar bei nur 16 Prozent."

Fast 25 Jahre nach Inkrafttreten des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes sei es dem öffentlichen Dienst in Bayern immer noch nicht gelungen, eine deutliche Vorreiterstellung in Sachen Gleichstellung einzunehmen, erklärt Strohmayr und ergänzt: "Eine notwendige Novellierung des Gleichstellungsgesetzes liefert Lösungsansätze, die sich positiv auf weibliche Karrierelaufbahnen auswirken können. Die aktuellen windelweichen „Kann“-Bestimmungen oder Ausnahmen im Gleichstellungsgesetz werden die Situation der Frauen in Behörden oder Ministerien nicht verbessern. Daher benötigen wir ein wirksames Gleichstellungsgesetz mit effektiven Regelungen." Neben einer Erweiterung des rechtlichen Geltungsbereiches, der Anhebung des Frauenanteils auf 50 Prozent in allen Leitungsebenen und der Einführung von Sanktionsmöglichkeiten, müssen die gesetzliche Stellung sowie die Mitspracherechte von Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden, fordert die Abgeordnete.